

Sachdokumentation:

Signatur: DS 115

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/115](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/115)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



CVP Schweiz, Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern

Generalsekretariat VBS  
Sicherheitspolitik  
Schwanengasse 2  
3003 Bern

Per Email: [patrick.gansner@gs-vbs.admin.ch](mailto:patrick.gansner@gs-vbs.admin.ch)

Bern, 4. März 2016

## **Vernehmlassung: Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zum Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

### **Allgemeine Bemerkungen**

Die CVP setzt sich seit langem für eine sichere Schweiz ein. Sie begrüsst deshalb den umfassenden sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates. Dieser ist nach Ansicht der CVP insgesamt gut zusammengestellt. Sie ist ebenfalls der Ansicht, dass in den letzten Monaten wichtige sicherheitspolitisch relevante Reformen aufgegleist bzw. umgesetzt wurden, so beispielsweise die Weiterentwicklung der Armee oder das Nachrichtendienstgesetz. Die CVP hat diese Reformen immer mitgetragen. Diese Reformen sind notwendig, damit die Schweiz für die aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen gut gerüstet ist. Die CVP unterstützt daher eine Armee mit 100'000 Armeeangehörigen und jährlichen Kosten von 5 Mrd. Franken.

Die CVP bedauert allerdings, dass mit dem vorliegenden sicherheitspolitischen Bericht die Strategiefrage, z.B. welche Sicherheit mit welchen Ressourcen sichergestellt werden soll etc., nicht beantwortet wird. Die CVP würde begrüssen, wenn in Zukunft klare Aussagen dazu gemacht würden.

Die CVP stellt sich die Frage, ob das aktuelle Berichtswesen nicht eher durch eine jährliche sicherheits- und verteidigungspolitische Analyse ersetzt werden sollte. So können neue Vorwissen und Bedrohungsformen rasch in die Analyse miteinbezogen werden. Dazu

Christlichdemokratische Volkspartei

Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern  
T 031 357 33 33, F 031 352 24 30  
[info@cvp.ch](mailto:info@cvp.ch), [www.cvp.ch](http://www.cvp.ch), PC 30-3666-4

müsste nicht immer ein 90-seitiger Bericht erstellt werden, sondern nur Ergänzungen und Aktualisierungen.

Was nach Ansicht der CVP im Bericht noch zu wenig ausgeführt ist, ist die Rolle der Städte. Die Städte bewältigen eine grosse Mehrheit der Sicherheitsereignisse in der Schweiz. Sie unterhalten ausserdem eine grosse Mehrheit der Profiorganisationen (Berufsfeuerwehren, spezialisierte Polizeieinheiten, etc.) Eine institutionalisierte Zusammenarbeit Bund-Städte gibt es nicht. Dies sollte verbessert werden.

## **Zu den einzelnen Themen**

### **Migration**

Die CVP ist der Ansicht, dass die verstärkten Migrationsbewegungen in der nächsten Zeit auch direkte und indirekte sicherheitspolitisch relevante Auswirkungen auf die Schweiz haben werden. Es handelt sich dabei um eine komplexe und gesamtpolitische Problematik. Die CVP stellt sich unter anderem die Frage, wie diese präventiv und im Verbund mit den europäischen Ländern zusammen angegangen werden soll. Dies sollte im Bericht ausführlich dargelegt werden. Weiter braucht es in diesem Bereich Kooperationsmodelle zwischen Bund und Kantonen.

### **Cyber**

Die CVP stimmt mit dem Bundesrat überein, dass Bedrohungen im Cyber-Bereich aktuell und in Zukunft verstärktes Gefährdungspotential für die vernetzte Schweiz bergen. Diese Bedrohung soll deshalb in den nächsten Jahren eine sicherheitspolitische Priorität der Schweiz bilden. Die CVP ist der Ansicht, dass die Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) ein gutes Instrument ist. Diese muss jetzt umgesetzt werden, indem Kapazitäten in der Abwehr dieser Bedrohung geschaffen werden. Dazu braucht es in diesem Bereich eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den staatlichen und den privaten Akteuren, beispielsweise zwischen Armee, Infrastruktur-Betrieben, Privatwirtschaft und der zivilen Gesellschaft, um gegen schwere Angriffe gerüstet zu sein.

### **Terrorismus und Gewaltextremismus**

Die CVP stellt sich die Frage, ob die Schweiz und speziell die betreffenden kantonalen oder städtischen Polizeicorps auf einen Anschlag wie in Paris vorbereitet sind. Welche Rolle ausserdem die Armee bei oder nach einem solchen Ereignis spielen könnte, bleibt unklar.

Des Weiteren ist die CVP der Ansicht, dass der Gewaltextremismus als Phänomen im Bericht unterschätzt bleibt.

### **Wirtschaftliche Nötigung und Notlagen**

Ein nicht zu unterschätzendes Risiko für die Schweiz liegt in der wirtschaftlichen Nötigung und aus Umweltphänomenen sich ergebende Notlagen. Auf diese Risiken wird im Bericht zu wenig eingegangen. Die CVP hinterfragt die im Bericht erwähnten Gegenmassnahmen kritisch. Wichtig ist vor allem, dass wirtschaftliche Erpressungsmöglichkeiten frühzeitig erkannt

und auf problematische Entwicklungen relevanter Umweltfaktoren (z.B. Dürre mit Wasser- und Strommangel) zweckmässig reagiert werden kann.

### **Pandemien**

Die CVP ist der Meinung, dass dieses Thema im sicherheitspolitischen Bericht breiter behandelt werden müsste. Auch wenn das Schweizer Gesundheitssystem nicht mit demjenigen der betroffenen Staaten vergleichbar ist, hat beispielsweise die Ebola-Epidemie gezeigt, wie schnell eine Gesellschaft mit ihren Instrumenten überfordert werden kann.

### **Sicherheitspolitische Instrumente**

Auf Seite 60 listet der Bundesrat auch den Zivildienst als sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz auf. Die CVP beantragt die Streichung des Zivildienstes aus dieser Aufzählung, da es sich beim Zivildienst nach Ansicht der CVP weder organisatorisch noch in Bezug auf die Leistungen um ein sicherheitspolitisches Instrument handelt. Die CVP stellt sich generell die Frage, ob der Zivildienst in einem sicherheitspolitischen Bericht erwähnt werden sollte.

Die CVP schlägt vor, dass im Unterkapitel 4.2 Terrorismus und Gewaltextremismus festgehalten wird, dass gemäss Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung für die Kooperation und Koordination im Innern auf Stufe Bund unter Einbezug der Kantone ein operatives Koordinationsgremium „Terrorismusbekämpfung“ geschaffen und betrieben werden soll.

Beim Unterkapitel 4.7 Anpassungsbedarf bei den Instrumenten der Sicherheitspolitik schreibt der Bundesrat, dass kein sicherheitspolitisch motivierter Bedarf nach einer Anpassung der Wirtschaftspolitik bestehe. Die CVP ist hier anderer Meinung. Die Rolle der Wirtschaft als Erbringerin wichtiger Dienstleistungen und als Betreiberin kritischer Infrastrukturen auch in Notlagen soll in der Sicherheitspolitik gestärkt werden. Dazu braucht es eine regelmässige Überprüfung der Wirtschaftspolitik auf sicherheitspolitische Relevanz. Die Schweiz muss im Falle einer Katastrophe oder einer sich ergebenden Mangellage in der Lage sein, die schweizerische Wirtschaft so aufrechterhalten zu können, damit ein nachhaltiger wirtschaftlicher Schaden minimiert und somit die lebensnotwendigen Versorgungsprozesse sowie sicherheitsrelevante Prozesse erhalten werden können. Weiter muss sich auch die Armee, neutral und autonom, auf eine starke Industrie und deren Knowhow in sensiblen Bereichen stützen können.

Die CVP ist des Weiteren der Ansicht, dass beim Unterkapitel 4.7 beim Punkt Polizei erwähnt werden müsste, dass den Strafverfolgungsbehörden mit der neuen Strafprozessordnung (StPO) wesentliche Instrumente genommen oder diese entschärft wurden. Es braucht deshalb eine allgemeine Überprüfung der StPO. So sollte beispielsweise das Teilnahmerecht der Parteien geprüft werden.

### **Sicherheitsverbund Schweiz**

Die CVP stellt sich die Frage, ob die Sicherheitsverbandsübungen allenfalls häufiger als momentan vorgesehen durchgeführt werden sollten. Die schweizerischen Sicherheitsinstrumente und ihr Zusammenwirken müssen mit aktuellen und realistischen Szenarien periodisch einem Stresstest unterzogen werden, damit das Krisenmanagement auf die Bewälti-

gung einer ausserordentlichen Lage vorbereitet wird. Die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung solcher Sicherheitsverbandsübungen soll durch Verantwortliche aus jenen Organen sichergestellt werden, welche in den Echtlagen die Verbundaufgaben auch zu bewältigen haben.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Christophe Darbellay  
Präsident CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli  
Generalsekretärin CVP Schweiz